

**Sperrfrist:  
25. April 2005  
10:00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**



**Jahresmedienkonferenz vom 25. April 2005**

## **Wachstumspolitik**

Ueli Forster, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Erhöhung von breit abgestütztem Wirtschaftswachstum ist für die Wirtschaft der dominierende wirtschaftspolitische Leitgedanke. Es ist dies wohl auch die zentrale Herausforderung unseres Landes. Das hat nichts mit Wachstumsfetischismus zu tun, sondern ergibt sich allein aus der Gewissheit, dass die Bewältigung der demografischen Herausforderung und die Festigung der Stellung der Schweiz in der Welt – neben der Sicherung des Wohlstands die anderen bundesrätlichen Hauptziele der laufenden Legislatur – bei nachhaltigem Wachstum leichter zu verwirklichen sind als ohne.

Der Ansatzpunkt für eine überzeugende wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik ist die Angebotsseite, weil nachhaltiges Wachstum nur durch den Einsatz von mehr Arbeit oder durch Produktivitätssteigerung entsteht. Das geschieht über die Akkumulation von Real- und Humankapital sowie durch technischen Fortschritt. Arbeit, Kapital und Technologie als primäre Wachstumsfaktoren stehen jedoch nicht isoliert nebeneinander. Es muss sie jemand kombinieren. Wachstum ohne Unternehmen ist nicht zu haben. Schon gar nicht gegen sie. Sie sind der vierte Wachstumsfaktor. Ob wir genügend dynamische Unternehmer und Unternehmen haben, hängt entscheidend von den staatlichen Rahmenbedingungen ab. Diese definieren nicht nur die Anreize bzw. Bedingungen, unter denen sich die Wachstumsfaktoren entfalten können, sondern beeinflussen auch viele weiche Faktoren wie die Risikobereitschaft der Gesellschaft, die Einstellung zu modernen Technologien, die Offenheit gegenüber Neuem, die Akzeptanz von Gewinnen, die gesellschaftliche Wertschätzung der unternehmerischen Tätigkeiten, das Vertrauen in die Märkte und die Bereitschaft zum Wettbewerb (Horst Siebert).

Die wachstumspolitische Konzeption des Bundesrats, die an der Entstehungsseite des Bruttoinlandprodukts ansetzt, ist richtig. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass es bei der Messung des BIP und des Arbeitseinsatzes bzw. der Produktivität zahlreiche methodische Probleme und datentechnische Unschärfen gibt. Ich sage das all denjenigen, die meinen, Wachstum sei über die Nachfrageseite leichter zu haben. Es bringt deshalb nichts, Angebots- und Nachfragepolitik gegeneinander auszuspielen.

Viel wichtiger ist es, angebots- und nachfragepolitische Ansätze in einer konsistenten Strategie miteinander zu verbinden. Eine angebotsorientierte Politik umfasst im Übrigen auch die Bereitstellung einer leistungsfähigen wirtschaftsnahen Infrastruktur, vor allem ein Bildungssystem, das qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte hervorbringt, und eine Forschungspolitik, die die Voraussetzungen für marktorientierte Innovationen in den Unternehmen schafft.

Gegenüber einer stabilitätsorientierten Nachfragepolitik zum Ausgleich einer un-  
stetigen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Wachstumsprozess ist sicher nichts einzuwenden. Der Nachfragepolitik jedoch darüber hinausreichende Anwendungsmöglichkeiten zur Überwindung einer Wachstumsschwäche geben zu wollen, verkennt nicht nur theoretische Erkenntnisse, sondern auch viele praktische Erfahrungen mit einer verfehlten Nachfragepolitik. Die negativen Lehren mit staatlichen Impuls- und Konjunkturprogrammen sollten nicht vergessen werden.

Die aktuelle Geldpolitik spielt ihren Part im Rahmen einer solchen Nachfragepolitik. Von unserer Notenbank noch mehr zu verlangen, wäre verwegen. In diesem Zusammenhang wäre vielmehr zu fragen, warum die expansive Geldpolitik im Unterschied zur Vergangenheit weder das Ziel einer Stimulation der Volkswirtschaft noch einen Anstieg der Investitionsnachfrage bewirkt hat. Haben sich möglicherweise die Bedingungen für das Funktionieren der traditionellen Geldpolitik im Rahmen der Globalisierung der Finanzmärkte, der Shareholder-Value-Orientierung usw. verändert? Spielen die Anforderungen an den Return on Investment (ROI) nicht eine entscheidendere Rolle als der Geldmarktzins? Oder hat die Schnelllebigkeit des Wirtschaftsprozesses bewirkt, dass die übrigen Rahmenbedingungen für Investitionsentscheide – vor allem auch die Problemlösungsfähigkeit der politischen Institutionen – wichtiger geworden sind. Dagegen steht die Finanzpolitik unter den derzeit gegebenen Bedingungen für die Nachfragepolitik nicht zur Verfügung. Zentral ist und bleibt, den Bundeshaushalt zu konsolidieren, weil solide Staatsfinanzen eine unverzichtbare Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Stabilität darstellen. Es ist absurd, bei den gegenwärtigen Trends von „Kaputtsparen“ zu sprechen. Daran ist wohl auch unsere Sprachverwirrung schuld, wenn bereits der Verzicht auf eine geplante Zusatzausgabe als „Sparen“ verstanden wird.

Nichts führt daran vorbei, die Wirtschaftspolitik ständig an ordnungspolitischen Normen und Prinzipien zu überprüfen. economiesuisse sieht darin eine ihrer wesentlichen Aufgaben. Lässt man das wirtschaftspolitische Geschehen seit der Ankündigung des bundesrätlichen Wachstumspakets von Anfang 2004 kurz Revue passieren, so ergibt sich ein gemischtes Bild.

Lichtblicke sind ohne Zweifel die bundesrätlichen Vorschläge zur Revision des Binnenmarktgesetzes, die wir mit Nachdruck unterstützen. Ebenso geht das Entlastungsprogramm 04 in die richtige Richtung, und der Bundesrat verdient dafür Anerkennung und Respekt. Allerdings besteht die ernsthafte Gefahr, dass im Parlament die finanzpolitische Disziplin bereits wieder schwindet, wenn man an die Verabschiedung der Sozialziele und die Aufblähung der Eisenbahninfrastruktur denkt.

Es überwiegen aber leider die Inkonsistenzen, wenn man die wachstumspolitischen Erfordernisse als Richtschnur nimmt. Das gilt unter anderem für:

- die bundesrätlichen Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung II, die bestenfalls ein „Reförmchen“ sind, sicher aber kein mutiger, auf echte Veränderung der fiskalischen Rahmenbedingungen ausgerichteter Schritt;
- das mühsame Suchen eines zukunftsfähigen Bildungssystems;
- die Vorschläge zur Weiterführung der Agrarpolitik, die den Landwirten weder eine verlässliche langfristige Perspektive geben noch den voraussichtlichen Entwicklungen an der Aussenhandelsfront (WTO, EU) angemessen sind;
- die Vorschläge zur Strommarktöffnung, deren Effizienzwirkung durch fragwürdige Subventionen und Investitionslenkungen wieder zunichte gemacht wird;
- das zeitliche Hinausschieben aller virulenten Probleme im Gesundheitssektor;
- den Zickzackkurs in der administrativen Entlastung von Unternehmen, wo die verbale Politik in krassem Widerspruch steht zur effektiv immer noch laufend zunehmenden Mehrbelastung.

Der Bundesrat muss wachstums- und reformpolitisch konsequenter führen. Zu diesem Zweck muss er erstens Massnahmen vorschlagen, welche die dringend nötigen Wachstumsimpulse stärker gewichten als alte wettbewerbshemmende Besitzstandspositionen. Zweitens sollte er von der vorauseilenden Rücksichtnahme auf die Referendumsdemokratie im Interesse problemgerechter Vorschläge Abstand nehmen.

Wirtschaftspolitik sei – so Ludwig Erhard – zu 50 Prozent immer auch Psychologie. Deshalb kommt es entscheidend auf die Erwartungen der Wirtschaftsakteure an – Haushalte und Unternehmen. Für die Wirtschaftspolitik bedeutet dies, dass die Erwartungen an die künftige Entwicklung der Angebotsbedingungen noch wichtiger sind als das, was unmittelbar in der Gegenwart geschieht. Wenn die Globalisierung der Märkte höhere Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und die Flexibilität der Arbeitsmärkte stellt, so muss wenigstens der staatliche Ordnungsrahmen so angelegt sein, dass sich die Wirtschaftsakteure darauf verlassen können. Der Ordnungsrahmen einer Volkswirtschaft besteht aus auf Dauer angelegten institutionellen Regelungen, die Anreize für das Verhalten der Wirtschaftssubjekte schaffen, ihnen zugleich aber auch Grenzen setzen, und zwar so, dass sich private Wirtschaftsaktivität entfalten kann und Märkte ihre Lenkungsfunction ausüben können. Mit den institutionellen Regelungen soll gleichzeitig auch der Rahmen für die wirtschaftspolitischen Akteure abgesteckt werden. Wir wissen aber auch, dass es ein Sozialsystem braucht, das den Menschen in einem sich ständig wandelnden Umfeld Sicherheit vermittelt, ohne jedoch Motivation und Innovationsbereitschaft zu beeinträchtigen.

Auch wenn vieles noch nicht so ist, wie es die Wirtschaft gerne haben möchte, so müssen wir aufpassen, dass wir nicht einer Tendenz zur Schwarzmalerei Vorschub leisten. Hierzu besteht kein Grund. Wer nur noch schwarz sieht, riskiert letztlich auch den Blick dafür zu verlieren, welche Wege zu beschreiten notwendig und lohnenswert sind.